

# **Großteil der Kinderlebensmittel macht dick, Preis für Bauland steigt auf Rekordhoch, Hartz- IV-Satz soll angehoben werden**

## **Großteil der Kinderlebensmittel macht dick**

92 Prozent der Werbespots, die sich an Kinder richten, machen Reklame für ungesunde Lebensmittel. Über 15 solcher Spots sehen Drei- bis 13-Jährige am Tag, hat die Universität Hamburg herausgefunden. Eine neue Studie, die Foodwatch am Mittwoch (25.08.2021) in Berlin vorstellte, gibt der Diskussion über ein gesetzliches Werbeverbot nun neue Nahrung. Die Verbraucherschützer haben 283 Kinderprodukte untersucht, alle Lebensmittel stammen von Konzernen, die eine Selbstverpflichtung zu verantwortungsvollem Kindermarketing unterschrieben haben, darunter Nestlé, Danone und Unilever. Das Ergebnis: 85,5 Prozent (!) der Frühstücksflocken, Joghurts, Chips oder Fruchtschorlen sind ungesund, weil sie zu viel Zucker, Fett oder Salz enthalten. Ein erschreckendes Ergebnis, wie wir finden. ([Der Tagesspiegel](#))

## **Preis für Bauland steigt auf Rekordhoch**

Offenbar hat der politische Streit ums Eigenheim der Nachfrage nach Bauland wenig geschadet. Zumindest sind die Preise hierfür 2020 auf ein Rekordhoch geschnellt. Ein Quadratmeter baureifes Land habe durchschnittlich 199 Euro gekostet, teilte das Statistische Bundesamt in Wiesbaden mit. Im Jahr 2010 hatte der Preis noch bei 130 Euro gelegen. Natürlich gibt es je nach Bundesland und Gemeindegröße große Unterschiede. Besonders in Metropolen wird es teuer. In den 14 größten

Städten mit mindestens 500.000 Einwohnerinnen und Einwohnern müssen Käufer und Käuferinnen durchschnittlich 1213 Euro bezahlen. Demnach müsse sich die Bundesregierung künftig zwingend um Bauland kümmern. ([Spiegel Online](#))

### **Hartz-IV soll angehoben werden**

Für Alleinstehende, Partner und Ehegatten sowie 14- bis 17-jährige Kinder soll der Hartz-IV-Satz im kommenden Jahr um jeweils drei Euro angehoben werden. Für Alleinstehende plant die Bundesregierung nach Informationen der Nachrichtenagenturen dpa und AFP eine Erhöhung von 446 auf 449 Euro monatlich. Für Kinder zwischen 14 und 17 Jahren soll es 376 Euro geben, ebenfalls drei Euro mehr als bisher. Um jeweils zwei Euro soll der Satz für Sechs- bis 13-Jährige und für Null- bis Fünfjährige steigen (311 und 285 Euro). Die Mehrkosten werden auf 190 Millionen Euro im kommenden Jahr taxiert, 180 Millionen davon entfielen auf den Bund, zehn Millionen auf die Kommunen. ([Welt Online](#))